

Ihre Vorstellungen zur Entschärfung der Risiken, die von den außerbörslichen Derivate-Märkten ausgehen, haben das Committee on Payment and Settlement Systems der **Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)**, Basel, und das Technical Committee der **International Organization of Securities Commissions (Iosco)** vorgelegt. In diesen sprechen sie unter anderem Empfehlungen für zentrale Gegenparteien (CCP) aus. So sollen Letztere ihre gegenüber den Teilnehmern eingegangenen Kreditrisiken mindestens einmal täglich überprüfen. Ferner sollen CCPs über klare Prozeduren für Ausfälle verfügen und in der Lage sein, zeitnah zu handeln, um Verluste und Liquiditätseinschränkungen zu begrenzen und weiterhin ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Der **International Accounting Standards Board (IASB)** hat einen Entwurf zur Eingrenzung des vor allem bei Banken relevanten Ergebniseffekts der Rechnungslegung eigener Verbindlichkeiten vorgelegt. Demnach sollen auf eine Veränderung der eigenen Bonität zurückgehende Wertschwankungen nicht mehr in die Ergebnisrechnung einfließen, sondern im Eigenkapital verbucht werden. Auf das Ergebnis durchschlagen sollen nurmehr Zeitwertveränderungen, die nicht auf einer geänderten Einschätzung der eigenen Kreditwürdigkeit fußen, sondern etwa durch allgemeine Zinsänderungen verursacht werden. Die Konsultationsfrist wurde bis zum 16. Juli dieses Jahres angelegt.

Die vom **Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht** geplante Neuregelung der Kapitalunterlegung von Wertpapierrisiken im Handelsbuch der Banken wird nicht wie geplant zum Jahresanfang 2011 in Kraft treten. Darauf haben sich das **EU-Binnenmarktkommissariat** und das **US-Finanzministerium** verständigt. Ein neues Datum für das Inkrafttreten wurde noch nicht festgelegt. Europäische Banken hätten die im Juli vergangenen Jahres verabschiedeten Baseler Regeln anzuwenden, sobald die EU-Kapitaladäquanzrichtlinie (CRD III) angepasst worden ist.

Für eine Summe von 1,6 Milliarden US-Dollar übernimmt die britische Hedgefondsgesellschaft **Man Group** den US-amerikanischen Wettbewerber **GLG**. Hinzu kommen knapp 300 Millionen US-Dollar an Nettverbindlichkeiten. Der Kaufpreis pro Aktie von 4,50 US-Dollar entspricht

## 8. Mai 2010 bis 21. Mai 2010

einer Prämie auf den Anteilspreis vom Vorabend der Bekanntgabe von 55 Prozent. Die Akquisition soll bis zum September dieses Jahres abgeschlossen sein, die Zustimmung der Aktionäre von GLG sowie der Man Group steht noch aus. Man erhöht damit das verwaltete Vermögen von derzeit 40 auf nunmehr 63 Milliarden US-Dollar, heißt es vom Unternehmen.

Ihre Geschäftsanteile an der **PMC Immobilienmanagement GmbH**, Hamburg, hat die **HSH Real Estate AG**, Hamburg, mit Wirkung zum 1. Juli 2010 veräußert. Käufer ist die **Wolfgang Weinschrod GmbH**, Jesteburg. Zum Veräußerungspreis wurden keine Angaben gemacht. Im Rahmen einer Neuausrichtung als Fondsplattform hat die HSH Real Estate AG 2009 die Veräußerung aller Beteiligungen beschlossen, die nicht dem originären Fondsgeschäft zuzuordnen sind. In Zukunft wird sich die Gesellschaft auf das Geschäft mit Immobilien-Spezialfonds für institutionelle Investoren sowie auf Geschlossene Immobilienfonds für Privatanleger fokussieren.

Die **Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)**, Bonn, hat ungedeckte Leerverkäufe von Schuldtiteln von Staaten der Eurozone, die an einer inländischen Börse zum Handel im regulierten Markt zugelassen sind, vorübergehend untersagt. Ebenso verboten hat sie auch sogenannte Credit Default Swaps (CDS), soweit die Referenzverbindlichkeit zumindest auch eine Verbindlichkeit eines Staates der Eurozone ist und sie nicht der Absicherung von Ausfallrisiken dienen (ungedeckte CDS). Darüber hinaus hat die BaFin ungedeckte Leerverkäufe von Aktien mehrerer Unternehmen der Finanzbranche untersagt: der Aareal Bank AG, der Allianz SE, der Commerzbank AG, der Deutsche Bank AG, der Deutsche Börse AG, der Deutsche Postbank AG, der Generali Deutschland Holding AG, der MLP AG sowie der Münchener Rückversicherung-Gesellschaft AG. Die Verbote gelten bis zum 31. März 2011, 24 Uhr.

80 Prozent der Aktien der in Zürich ansässigen Family-Office-Bank **Private Client**

**Partners AG** hat die **M. M. Warburg & CO Gruppe (GmbH & Co.) KGaA**, Hamburg, erworben. Andreas Bodenmann, Gründungsaktionär und Vorsitzender der PCP-Geschäftsleitung, bleibt mit 20 Prozent am Aktienkapital beteiligt. Es ist vorgesehen, dass die Warburg Gruppe diesen Anteil zu einem späteren Zeitpunkt übernehmen kann.

Ihr Paket von 5,4 Prozent beziehungsweise 188,4 Millionen Aktien der größten brasilianischen Bank **Itau Unibanco** will die **Bank of America (BOA)** am Kapitalmarkt platzieren. Die Erlöse sollen dazu verwendet werden, Staatshilfen in Washington zurückzuzahlen. Nach Angaben der brasilianischen Bank realisiert BOA mit dem Verkauf etwa 4,5 Milliarden US-Dollar. Das US-Institut hatte sich bei Itau Unibanco im Jahr 2006 eingekauft, als es seine Einheiten in Brasilien, Uruguay und Chile für 2,8 Milliarden US-Dollar dort einbrachte.

Einheimische Kreditinstitute will die italienische Zentralbank **Banca d'Italia** vor krisenbedingten Schwankungen bei Staatsanleihen aus der Eurozone mit einer Änderung der **Bilanzierungsvorschriften** schützen. Bisher waren die italienischen Kreditinstitute mit Blick auf ihre Handelsportfolios (Available for Sale) dazu verpflichtet, solche Papiere zum jeweiligen Marktwert in ihre Rechnungslegung einfließen zu lassen. Künftig sollen die EU-Titel in diesen Portfolios mit ihrem tatsächlichen Einkaufswert in den Bilanzen ausgewiesen werden. Die Umstellung ist beschränkt auf Staatsanleihen der 27 Mitgliedsländer.

Die Vollversammlungen der drei katalanischen Sparkassen **Caixa Catalunya**, **Caixa Manresa** und **Caixa Tarragona** haben den Zusammenschluss der drei Institute beschlossen. Die fusionierte Sparkasse weist eine Bilanzsumme von rund 81 Milliarden Euro aus. Spaniens Regierung hatte für die Neuordnung des Finanzsektors einen mit bis zu 99 Milliarden Euro bestückten Fonds aufgelegt. Die drei Cajas wollen dort für ihre Restrukturierung einen Kredit über 1,25 Milliarden Euro aufnehmen. Mit der **Caixa Sabadell**, **Caixa Terrassa** und **Caixa Manlleu** haben drei weitere Sparkassen aus der Region ein Zusammengehen beschlossen. Etwa die Hälfte der 45 spanischen Cajas befindet sich derzeit in fest vereinbarten Fusionen beziehungsweise in entsprechenden Gesprächen.